

## **Pressebericht**

**Gemeinderat 16.04.2018**

### **1. Neuplanung Bürgerbüro**

Im Bürgerbüro der Gemeinde sind sowohl aus datenschutzrechtlicher Sicht als auch aufgrund von Beanstandungen des arbeitsmedizinischen Dienstes Modernisierungsmaßnahmen erforderlich. Die Gemeinde hat den Raumplaner Harald Petersen mit der Planung verschiedener Lösungsvarianten beauftragt. In Zusammenarbeit mit den Mitarbeiterinnen des Bürgerbüros wurden die Vorschläge geprüft und die vorgelegte Variante zwei für gut befunden. Diese sieht vor, das bisherige Bürgerbüro und das angrenzende Zimmer 2 zu einem Raum zusammen zu legen, durch Glastrennwände können hier zwei separate Büros entstehen, die dann dem Datenschutz gerecht würden. Zusätzlich gibt es an der Empfangstheke noch einen Arbeitsplatz für die Abwicklung einfacher Tätigkeiten wie beispielsweise Ausgabe von Broschüren bzw. Verkauf von Eintrittskarten. Die Zugänge sollen wie bisher barrierefrei gestaltet werden. Der Gemeinderat stimmt den vorgelegten Planungen zu. Die Firma Newerkla wird mit der Lieferung der Büroausstattung sowie der Glastrennwände beauftragt. Die weiteren notwendigen Umbauarbeiten (Bodenbelag erneuern, Elektroarbeiten, Entfernen der Zwischenwand und Versetzen des Türelementes im Flur, Putzarbeiten) werden aufgrund der geringen Vergabesummen freihändig vergeben.

### **2. Bildungseinrichtung „Am Römerkastell“**

#### **2.1. Neuplanung Grundschule**

Mit dem Wegfall der Werkrealschule zum Ende dieses Schuljahres stehen umfassende Umbau- und Sanierungsarbeiten am bisherigen Werkrealschulgebäude an, damit ab dem Schuljahr 2019/2020 die Grundschule komplett in diesem Gebäude untergebracht werden kann. Rektor Falkenberg hat hier bereits ein Raumkonzept vorgelegt. Auf der Grundlage dieses Raumkonzeptes wurde nun in Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Architekt König und den Fachplanern für Elektro und Heizung/Sanitär/Lüftung ein Zuschussantrag beim Regierungspräsidium Stuttgart eingereicht. Die zugrunde gelegten Kosten für die Umbaumaßnahmen und die Sanierungsmaßnahmen am bisherigen Grundschulgebäude werden auf rund 1,7 Mio. Euro geschätzt. Die Gemeinde kann mit einem Zuschuss in Höhe von 33% (rund 560.000 Euro) rechnen. Herr König stellt die notwendigen Maßnahmen kurz vor. Das bisherige Grundschulgebäude muss entfeuchtet und das Dach erneuert

werden. Im kompletten UG sind Sanierungsmaßnahmen erforderlich. Die Toilettenanlagen müssen saniert und die Klassenzimmer sowie die Räume für die Lehrerschaft teilweise umgestaltet und modernisiert werden. Die gesamte Elektrotechnik bedarf einer Erneuerung, in diesem Zuge muss auch das Brandschutz- und Sicherheitskonzept auf den Prüfstand gestellt werden. Weiter ist die Verlegung der Schulmensa ins Schulgebäude mit berücksichtigt.

Herr König kann sich vorstellen, dass die Entfeuchtungsarbeiten des Grundschulgebäudes noch in diesem Herbst ausgeführt und eine Ausschreibung der Umbauarbeiten über den Winter durchgeführt werden kann. Der Zeitplan ist sehr eng, eine Umsetzung aller Maßnahmen bis zum September 2019 bezeichnet er als sehr „sportlich“ aber machbar.

Nach Bewilligung der Fördergelder sollen die Einzelmaßnahmen detailliert festgelegt werden, die Ausführungsplanung soll bis Herbst 2018 stehen um die Arbeiten rechtzeitig ausschreiben zu können. Über den endgültigen Standort der Schulmensa soll in der Gemeinderatssitzung im Mai beraten werden.

## 2.2. Architektenvertrag

Architekt König hat der Gemeinde einen Architektenvertrag für die Gesamtmaßnahme Umbau Schule und Kindergarten vorgelegt. Dieser Vertrag entspricht den Vorgaben der HOAI. Der Gemeinderat stimmt dem Architektenvertrag zu. Die noch zusätzlich benötigten Fachingenieure werden für ihre Planungsleistungen ebenfalls entsprechende Verträge vorlegen.

## 2.3. Neuplanung Kindergarten

Aufgrund der durchgeführten Bedarfsermittlung für künftige Betreuungsplätze in Böbingen (s. TOP 3) ergab sich ein künftiger Bedarf für mehr Kinderbetreuungsplätze in Böbingen. Dies ist u.a. darin begründet, dass die derzeit laufende fünfte Gruppe im Kindergarten St. Maria nur als „Notgruppe“ zeitlich befristet bis September 2019 genehmigt wurde, da die dortigen Räumlichkeiten nicht für einen dauerhaften Betrieb einer weiteren Gruppe ausreichen. Nach dem Umzug der Grundschule in das bisherige Werkrealschulgebäude werden die Räumlichkeiten im bisherigen Grundschulgebäude frei. Diese Räume wurden gemeinsam mit der Sachbearbeiterin des KVJS Aalen besichtigt und eignen sich gut für eine künftige Kinderbetreuung. Das Raumprogramm sieht 3 Gruppenräume, einen Mehrzweckraum, evtl. einen Kreativraum, Schlafräume, Toiletten, Personalräume sowie eine Gemeinschaftsküche und einen Essensraum vor. All diese Räume könnten ohne größere Eingriffe in die vorhandene räumliche Aufteilung des Grundschulgebäudes untergebracht werden. Allerdings müssen bei der Errichtung eines Kindergartens zusätzliche Vorschriften beachtet und mehrere Fachbehörden hinzugezogen werden. Hierzu gehören u.a. die Unfallkasse, das Gesundheitsamt, das Veterinäramt und die Baurechtsbehörde. Der Gemeinderat beauftragt Architekt König mit der Planung unter Beteiligung der notwendigen Behörden.

### **3. Informationen zur Kindergartenbedarfsplanung**

Die Kindergartenbedarfsplanung ist Grundlage für die Abschätzung des künftigen Bedarfs an Betreuungsplätzen in der Gemeinde. Sie basiert auf Daten des Statistischen Landesamtes zur Bevölkerungsvorausberechnung.

Aufgrund dieser Berechnungen wird die Zahl der Kinder zwischen 0 und 6 Jahren bis zum Jahr 2035 stabil bleiben. Aufgrund des geänderten Bedarfs an Betreuungsangeboten können in den Kindergärten künftig nicht mehr so viele Kinder betreut werden wie in früheren Jahren. Vermehrte Betreuung von unter 3jährigen und der Wunsch nach Ganztagsbetreuung erfordert kleinere Gruppengrößen und somit mehr Kindergartengruppen. Nicht alle Kinder können in den kommenden Jahren in den vorhandenen 8 Gruppen der beiden Kindergärten untergebracht werden. Laut Vorausberechnungen wird in den kommenden Jahren der Bedarf für folgende Gruppen bestehen:

- 1 Krippengruppe für 0-3jährige mit 10 Plätzen
- 1 Krippengruppe für 2-3jährige mit 12 Plätzen
- 1 altersgemischte Gruppe (2-14 Jahre) mit 22-25 Plätzen

Diese Gruppen können in einer künftigen Kinderbetreuungseinrichtung im bisherigen Grundschulgebäude untergebracht werden.

### **4. Vorberatung der Verbandsversammlung der VG Rosenstein**

Herr Kiwus, Geschäftsführer der VG Rosenstein, erläutert dem Gemeinderat die anstehenden Beratungspunkte der nächsten Verbandsversammlung im Mai.

Die Jahresrechnung 2017 schließt mit 200.000 Euro günstiger als geplant ab. Die vorgesehene Rücklagenentnahme war nicht erforderlich, es konnte ein Betrag i.H.v. 55.000 Euro der Rücklage zugeführt werden. Wesentliche Mehreinnahmen gab es bei den Baugenehmigungsgebühren, der Abmangel der Musikschule war geringer als geplant.

Der Haushalt 2018 weist ein Gesamtvolumen von 2,95 Mio. Euro auf. Die Verbandsumlage beträgt 2018 1,855 Mio. Euro. Bei der Musikschule wird ein Abmangel in Höhe von 364.000 Euro eingeplant. Da der Haushalt überwiegend aus Personalkosten besteht gibt es wenig Einfluss auf die Zahlen.

Weiter muss über den Beitritt der VG Rosenstein zum neuen Zweckverband „4IT“ beraten werden. Dieser neue Zweckverband entsteht durch die Fusion der drei großen Rechenzentren des Landes Baden-Württemberg und der Datenzentrale zu einem Verbund. Die VG Rosenstein ist ebenso wie die Gemeinden Mitglied im Zweckverband KIRU, welcher als einer der drei Rechenzentren dem neuen Zweckverband beiträgt. Gemeinsam mit dem Land Baden-Württemberg und dem Zweckverband „4IT“ soll dann die Datenanstalt „IDEOS“ gebildet werden, die die Aufgaben der bisherigen Zweckverbände übernimmt. Die Fusion soll zum 01.07.2018 erfolgen.

Der Gemeinderat beauftragt die Vertreter der Verbandsversammlung den anstehenden Beschlüssen zuzustimmen.

## **5. Beitritt der Gemeinde Böbingen zum Zweckverband „4IT“**

Auf die Ausführungen unter Punkt 4 wird verwiesen. Ohne weitere Diskussion beschließt der Gemeinderat den Beitritt der Gemeinde Böbingen zum neuen Zweckverband „4IT“

## **6. Bekanntgaben/Verschiedenes**

BM Stempfle informiert den Gemeinderat über Gespräche, die er am Rande des Spatenstichs für die neue Halle des Bahnbetreibers „GoAhead“ in Essingen mit Verkehrsminister Hermann geführt hat. Es ging um die künftige Trasse der B29 sowie um einen barrierefreien Zugang zum Bahnhof.